



AWO Bezirksverband Hannover e.V.
Kurt-Partzsch-Haus
Körtingsdorfer Weg 8
30455 Hannover
Tel.: 0511 / 4952-170
presse@awo-bvh.de

Positionierung

Nie wieder ist jetzt – Demokratie ist Bürger*innenpflicht!

AWO fordert: Konkretes Handeln im Umgang mit Rechtsextremismus und der AfD und Verteidigung der Demokratie in Deutschland.

Seit der Veröffentlichung des Recherchenetzwerks „Correctiv“ sind hunderttausende Menschen in ganz Deutschland auf die Straßen gegangen, um gegen Rechtsextremismus und für unsere Demokratie einzustehen. Gleichzeitig mehren sich die Absichtserklärungen von Politiker*innen, die Demokratie schützen und die AfD politisch bekämpfen zu wollen.

Der AWO Bezirksverband Hannover e.V. begrüßt die zivilgesellschaftliche Mobilisierung gegen Rechtsextremismus sowie die politische Unterstützung, die diese erhalten. Es wird als starkes und wichtiges Signal aus der Zivilgesellschaft verstanden, so zahlreich an den verschiedenen Demonstrationen teilgenommen zu haben. Die Mehrheit der Menschen in Deutschland stimmt mit den menschenverachtenden und rechtsextremen Ideen, die in der AfD und rechtsextremen Kreisen kursieren, nicht überein. Die deutsche Geschichte lehrt, dass es keiner Mehrheit bedarf, um die Demokratie auszuhebeln und dass es gefährlich und töricht ist, Rechtsextremist*innen und ihre Bestrebungen zu unterschätzen. Die Ergebnisse der Correctiv-Recherchen haben vielen Menschen erstmals bewusst gemacht, dass unsere Demokratie keine Selbstverständlichkeit ist.

Die Arbeiterwohlfahrt fordert dazu auf, den Bekenntnissen zum Kampf gegen Rechtsextremismus Taten und dauerhaftes Engagement folgen zu lassen. Eine Entkoppelung von Politik und Gesellschaft darf nicht entstehen, alle Menschen sind dazu aufgerufen die Demokratie zu verteidigen.

Eine starke Demokratie braucht Demokrat*innen: Es braucht eine engagierte, starke und laute Zivilgesellschaft und wehrhafte Institutionen, um den antidemokratischen Strömungen nachhaltig etwas entgegenzusetzen. Alle Demokrat*innen sind jetzt gefragt, keiner kann sich zurücklehnen. Es ist Zeit sich zu engagieren und zu widersprechen. Es darf nicht akzeptiert werden, dass rechtsextremes Gedankengut zum Kanon des politischen Diskurses gehört. Viel zu lange schon werden rechte Strukturen in staatlichen Institutionen hingenommen. Es ist die Aufgabe der Politik, die Standhaftigkeit der Demokratie und ihrer Institutionen gegen rechtsextreme Tendenzen zu garantieren. Von Rechten unterwanderte Strukturen dürfen

weder hingenommen noch ignoriert werden. Wer die Demokratie schützen will, muss langfristig in sie investieren. Politische Bildung gehört in jedes Klassenzimmer, Präventionsmaßnahmen und -projekte müssten dringend verstetigt und ausgeweitet werden. Es ist ein Armutszeugnis, dass Demokratie- und Bildungsprojekte immer die ersten Maßnahmen sind, bei denen der Rotstift angesetzt wird, wenn am Haushalt gespart werden muss. Eine Demokratie braucht Demokrat*innen. Demokratie braucht auch stabile Strukturen, die sie nachvollziehbar machen und politische Prozesse einordnen. Ein wichtiger Baustein hierfür ist eine freie und kritische Berichterstattung, wie zum Beispiel durch den öffentlich-rechtlichen Rundfunk.

Keine Übernahme rechter Framings: Insbesondere in der Asyl- und Migrationspolitik wird deutlich, dass die demokratischen Parteien sich vielfach von der Rhetorik und den Framings der AfD treiben lassen, weil diese auf vermeintlichen Zuspruch unter den Wähler*innen treffen. Immer wieder wird die Debatte von rassistischen Stereotypen unterwandert und falsche Annahmen und populistische Narrative legitimiert, in dem sie von anderen Parteien aufgegriffen werden. Eine gute Asyl- und Migrationspolitik auf den Weg zu bringen, ist eine der großen Herausforderungen unserer Zeit. Damit dies gelingt, braucht es nachhaltige, langfristige und realistische Strategien. Diese müssen von unseren Werten und nicht von irrationalen Ängsten geleitet werden. Die Politik darf nicht zusehen, wie Geflüchtete und Migrant*innen zu Sündenböcken für die Herausforderungen unserer Gesellschaft erklärt werden. Es braucht mehr Sensibilität und Verstand im gesellschaftspolitischen Diskurs.

Ängste nicht schüren, sondern politisch auflösen: Verteilungskonflikte, wachsende Ungleichheit, sozioökonomische Polarisierung und Abstiegsängste sind präsen- te gesellschaftliche Ängste. Wissenschaftliche Untersuchungen zeigen, dass diese Sorgen unter Wähler*innen der AfD besonders ausgeprägt sind. Diesen Ängsten muss mit einer guten und gerechten Sozial- und Wirtschaftspolitik begegnet werden. Eine starke Demokratie kann nur stark sein, wenn sie den Grundbedürfnissen der Menschen gerecht wird und sozialen Zusammenhalt garantiert. Eine faire Sozialpolitik stärkt die Mittelschicht und nimmt Sorgen vor einem sozialen Abstieg. Menschen unterhalb der Mittelschicht brauchen ein Sozialsystem, das an sie glaubt, sie absichert und ihnen Perspektiven aufzeigt, um ihre Situation verbessern zu können. Ökonomische Sorgen und soziale Ungerechtigkeit auf einzelne Menschengruppen zu projizieren, ist eine altbewährte Taktik rechtsextremer Ideologien. Politische Akteur*innen müssen solchen Narrativen deutlich widersprechen und den Ängsten der Menschen mit guten politischen Lösungen begegnen. Es wird Zeit, dass die Politik wieder große sozialpolitische Projekte angeht und Vertrauen in gesamtgesellschaftliche Zukunftsideen gewinnt. So kann verlorenes Vertrauen in das politische System und seine Institutionen wiederhergestellt werden.

Isa Grossmann

Verband, Politik & Kommunikation

Telefon: 0511 4952-170

presse@awo-bvh.de / www.awo-bv-hannover.de

Der AWO Bezirksverband Hannover e.V. ist ein Spitzenverband der Freien Wohlfahrtspflege. Als Träger von Kindertagesstätten, ambulanten, stationären und teilstationären Einrichtungen für Menschen mit psychischen Erkrankungen, Kureinrichtungen sowie ambulanten, stationären und teilstationären Einrichtungen der Altenhilfe ist für die AWO fortschrittliche, fachlich hochwertige und verlässliche Arbeit unverzichtbar. In mehr als 150 Einrichtungen leisten mehr als 2.700 hauptamtliche Mitarbeiter*innen täglich ihr Bestes und werden dabei von ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern unterstützt.

